

Wortprotokoll

über die 46. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 21. März 2018

(öffentlich)

Oberbürgermeister Reiter

2. Bürgermeister entschuldigt

3. Bürgermeisterin Strobl

bfm. Stadtratsmitglieder siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder siehe Anwesenheitsliste

ferner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 21. März 2018

Oberbürgermeister Reiter

- 2. Bürgermeister entschuldigt
- 3. Bürgermeisterin Strobl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

CSU:

StR Dr. Babor, StRin Bär, StRin A. Burkhardt, StRin B. Burkhardt, StRin Frank, StRin Grimm, StRin Kainz, StRin Dr. Menges, StR Offman, StRin Dr. Olhausen, StR Podiuk, StR Pretzl, StR Quaas, StR Sauerer, StR Schall, StR Th. Schmid, StR Seidl, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss, StRin Wiepcke, StR Zöller;

SPD:

StRin Abele, StRin Boesser, StRin Burger, StRin Dietl, StRin Hübner, StR Kaplan, StRin Kürzdörfer, StR Liebich, StR Lischka, StR Mayer, StRin Messinger, StR Naz, StR Reissl, StRin Rieke, StR Röver, StR Rupp, StR H. Schmid, StRin Schönfeld-Knor, StRin Dr. Söllner-Schaar, StRin Volk, StR Vorländer;

Die Grünen - rosa liste:

StR Bickelbacher, StR Danner, StRin Demirel, StRin Dietrich, StRin Habenschaden, StRin Hanusch, StR Krause, StR Monatzeder, StR Niederbühl (RL), StR Dr. Roth;

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

StR Dr. Heubisch (FDP), StR Dr. Mattar (FDP), StRin Neff (FDP), StR Ranft (FPD), StR Zeilnhofer (HUT);

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

StR Altmann, StR Dr. Assal, StRin Caim, StR Progl, StR Schmidbauer;

FREIE WÄHLER:

StRin Sabathil;

DIE LINKE.:

StRin Wolf;

<u>ÖDP:</u>

StRin Haider, StR Ruff;

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

StR Schmude, StR Wächter;

Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA):

StR Richter;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Dr. Böhle

Bfm. StR Bönig

Bfm. StR Dr. Dietrich

Bfm. StRin Hingerl Bfm. StRin Jacobs

Bfm. StR Dr. Küppers
Bfm. StR Markwardt

Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Merk

Bfm. StRin Schiwy

Stadtkämmerer Dr. Wolowicz

Stadtschulrätin Zurek Stellv. Referent Kapp

Inhaltsverzeichnis

Vereidigung von Herrn Thomas Bönig als berufsmäßiger Stadtrat	<u></u> 7
OB Reiter:	7
Bfm. StR Bönig:	7
OB Reiter:	<u></u> 7
Ausscheiden von Herrn Stadtrat Michael Kuffer	8
OB Reiter:	8
Vertretung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder	8
Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt München	9
OB Reiter:	9
StR Reissl:	<u>9</u>
OB Reiter:	9
Genehmigung der Sitzungsprotokolle	10
Vertretung im Beirat der SWM Bayerische E&P Beteiligungsgesellschaft mbH	10
it@M Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung	10
Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr - Schloss Kempfenhausen	11
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss	11
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen	11
Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement	12
StRin Habenschaden:	12
Urbane Vegetation und Begrünungsmaßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität	12
Stadttauben	13
StRin Dr. Menges:	13
Änderung des Flächennutzungsplanes - Freisinger Landstraße, Floriansmühlstraße	14
Tram-Westtangente	14
Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)	15

Lι	ftreinhaltung	16
	StR Dr. Roth:	16
	StR Schall:	20
	StR Röver:	21
	StR Progl:	22
	OB Reiter:	23
	StR Progl:	24
	StR Dr. Heubisch:	24
	StRin Haider:	25
	OB Reiter:	26
	StR Dr. Roth:	28
	StR Progl:	29
	StR Dr. Mattar:	30
	OB Reiter:	30
	StR Reissl:	30
	Bfm. StRin Jacobs:	33
	StR Ruff:	35
	OB Reiter:	36
W	ettbewerb Gestaltung Romanplatz - Umsetzungsumfang Ideenteil	37
	StRin Frank:	37
	StRin Hanusch:	39
	StR Schmidbauer:	39
	StRin Abele:	40
	StRin Frank:	40
	OB Reiter:	41
Pı	eiswesen der Landeshauptstadt München.	42
	StRin Haider:	42
	OB Reiter:	42

Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen4	4
StR Richter:4	4
OB Reiter:4	7
StR Schmude:4	7
Christkindlmarkt 2018; Ausweichmöglichkeiten wegen Baustellen4	9
Herr Neumer (Vorsitzender des Bezirksausschusses 1):4	9
StR Reissl:5	0
StR Pretzl:5	0
StRin Dietrich:	

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:10 Uhr Vorsitz: OB Reiter

Vereidigung von Herrn Thomas Bönig als berufsmäßiger Stadtrat

Aktensammlung Seite 6999

OB Reiter:

Herr Bönig, bitte sprechen Sie mir den Amtseid gemäß Artikel 27 des Gesetzes für kommunale Wahlbeamte in der von Ihnen gewählten Fassung nach.

Bfm. StR Bönig:

Ich gelobe Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaats Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.

OB Reiter:

Vielen Dank! Ich gratuliere Ihnen. Sie sind Mitglied dieses erlesenen Gremiums. - (Allgemeiner Beifall)

Die Bekanntgabe wird zur Kenntnis genommen.

Ausscheiden von Herrn Stadtrat Michael Kuffer aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt München Nachrücken von Herrn Frieder Vogelsgesang in den Stadtrat der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 7001

OB Reiter:

Unser geschätzter Kollege Michael Kuffer hat sich in einem freundlichen Brief von mir verabschiedet. Ich würde ihn am liebsten vorlesen, aber ich tue es nicht. - (Heiterkeit) - Er war freundlich, das meine ich ernst. Er hat für uns beide eine Win-win-Situation gesehen. - (Heiterkeit)

Beschluss:

Nach Antrag

Vertretung der berufsmäßigen Stadtratsmitglieder

Aktensammlung Seite 7003

Beschluss:

Nach Antrag

Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt München

Aktensammlung Seite 7005

OB Reiter:

Es gibt einen Änderungsvorschlag. Alexander, möchtest Du ihn vortragen?

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es geht um die OB-Vertretungen. Sie sollen auch in Zukunft nach unseren Regeln abgerechnet werden.

Die Formulierung in der Satzung "sowie das Wahrnehmen von Terminen zur Vertretung der Oberbürgermeisters sowie der zweiten oder dritten Bürgermeisterin bzw. des zweiten oder dritten Bürgermeisters" ist rechtlich nicht korrekt. - (BMin Strobl: Stimmt!)

Die beiden Bürgermeister sind zunächst ständige Vertreter mit zugewiesenen Aufgaben, aber sie sind grundsätzlich Vertreter und Vertreterin des Oberbürgermeisters. Es handelt sich immer um Vertretungen des Oberbürgermeisters - egal, ob sie von einem weiteren Bürgermeister oder einem Mitglied des ehrenamtlichen Stadtrats wahrgenommen werden. Deswegen müsste der letzte Teil des Satzes gestrichen werden.

OB Reiter:

Ohne das zu kommentieren, schlage ich Ihnen vor, dass der Satz so endet: "sowie das Wahrnehmen von Terminen zur Vertretung des Oberbürgermeisters". - (StR Podiuk: Oberbürgermeisterin behalten wir bei!) - Das behalten wir bei. Entschuldigen Sie, ich habe es nicht ganz korrekt vorgelesen. Ich wusste gar nicht, dass Sie der Gender-Beauftragte der CSU-Fraktion sind - (Heiterkeit) - Das ist mir neu, aber ich lerne ständig dazu. Vielen Dank für den Hinweis! Es bleibt bei der weiblichen Form des Oberbürgermeisters. Den Rest des Satzes streichen wir. Besteht damit Einverständnis? - (Zurufe der Zustimmung)

Der modifizierte Antrag des Referenten wird einstimmig beschlossen.

Genehmigung der Sitzungsprotokolle
für die Monate August bis Dezember 2017 (Ausschüsse und Vollversammlungen)
- § 2 Nr. 24 GeschO -
Aktensammlung Seite 7007
Beschluss:
Descrituss.
Nach Antrog
Nach Antrag
Vertretung im Beirat der SWM Bayerische E&P Beteiligungsgesellschaft mbH
Aktensammlung Seite 7009
Beschluss (gegen die Stimme von StRin Wolf):
Nach Antrag
it@M Feststellung des Jahresabschlusses 2016 und Entlastung
Aktensammlung Seite 7011
Beschluss:

Nach Antrag

Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr für das Sondervermögen Anwesen Schloss Kempfenhausen

Aktensammlung Seite 7013	

Beschluss:

Nach Antrag

Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

- Abberufung eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes
- Bestellung eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes

Aktensammlung Seite 7017

Beschluss:

Nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B 2, 3, 5, 7, 10, 12, 13, 16, 17, 19, 22 und 24 werden **einstimmig beschlossen**. (Aktensammlung Seite 7023, 7025, 7029, 7033, 7039, 7043, 7045, 7049, 7051, 7059 und 7063)

Die Bekanntgabe zu Tagesordnungspunkt B 23 wird **zur Kenntnis genommen**. (Aktensammlung Seite 7061)

Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement; Stellungnahme der Landeshauptstadt München zum 4. Bericht des Fachbeirats Bürgerschaftliches Engagement

Aktensammlung Seite 7027

StRin Habenschaden:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Verwaltungs- und Personalausschuss vom 06.03.2018 erneut zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste wird gegen die Stimmen der Antragsteller und StRin Wolf **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Urbane Vegetation und Begrünungsmaßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 7035

Beschluss (gegen die Stimmen von ÖDP und StRin Wolf):

Nach Antrag

Stadttauben

Verlängerung des Taubenfütterungsverbotes durch Neuerlass einer Verordnung der Landeshauptstadt München über das Taubenfütterungsverbot (TaubenfütterungsverbotsVO)

Aktensammlung Seite 7037

Beschluss (gegen die Stimme von StRin Dr. Menges):

Nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe dagegen gestimmt, weil eine 20-jährige Verbotspraxis der unkontrollierten Fütterung von Tauben nur ein Aspekt ist. Es sollte noch mehr getan werden, um Taubenschläge zu errichten. Eine aktive Tätigkeit fehlt, deshalb habe ich dagegen gestimmt. Danke schön!

Änderung des Flächennutzungsplanes

mit integrierter Landschaftsplanung für den Bereich V/56 Freisinger Landstraße, Floriansmühlstraße und Bebauungsplan mit Grünordnung Nr. 2113 Freisinger Landstraße (östlich), Sondermeierstraße (westlich), zwischen Floriansmühlstraße und Flurstück Nr. 548/8, Gemarkung Freimann

- Bekanntgabe der Ergebnisse der Szenarienuntersuchung für das Untersuchungsgebiet, Grundsatzbeschluss, Erweiterung und Ergänzung des Aufstellungs- und Eckdatenbeschlusses vom 20.07.2016 -

Aktensammlung Seite 7041

Diverse Anträge

Beschluss (gegen die Stimmen von Die Grünen - rosa liste, ÖDP und StRin Wolf):

Nach Antrag

Tram-Westtangente von Aidenbachstraße (Ratzingerplatz) bis zum Romanplatz Trassierungsbeschluss

P+R Anlage Aidenbachstraße – Vorbereitender Beschluss zur Bedarfs- und Konzeptgenehmigung Diverse Anträge und Empfehlungen

Aktensammlung Seite 7047

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP - HUT, BAYERNPARTEI, StRin Dr. Olhausen, StR Seidl und StR Stadler):

Nach Antrag

Städtisches Klinikum München GmbH (StKM)
Rückkehrrecht von einer Teilzeit- auf eine Vollzeitstelle auch in der
Qualifizierungsgesellschaft des Städtischen Klinikums gewährleisten
Antrag Nr. 3266 von DIE LINKE. vom 19.07.2017

Aktensammlung Seite 7057

Beschluss (gegen die Stimmen von ÖDP und StRin Wolf):

Nach Antrag

Luftreinhaltung

Information zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.02.2018 betreffend die Sprungrevisionen in Sachen Luftreinhalteplan Düsseldorf und Stuttgart Unverzüglich Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ziehen! Antrag Nr. 3862 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 28.02.2018

Aktensammlung Seite 7015

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Luftreinhaltung und Fahrverbote beschäftigen uns immer wieder - eine "never-ending story".

Zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts beginne ich mit der Variation eines alten Kalenderspruchs: Wer will, findet Wege. Wer nicht will, findet juristische Hinderungsgründe. Das Bundesverwaltungsgericht hat uns viele Wege gewiesen. Das ist aus unserer Sicht bahnbrechend für Gesundheit und Umwelt.

Ich habe mich etwas gewundert, dass von den Stadträten Röver und Pretzl gleich ein negativer Kommentar zu diesem Urteil vorlag. Das fand ich komisch, weil diese Fahrverbotsdebatte manchmal ein bisschen missverständlich verläuft: Die Grünen sind je nach Sichtweise die Bösen oder die Guten, weil wir uns Fahrverbote vorstellen können, die anderen nicht. Erinnern wir uns: Wir haben in München Fahrverbote, weil wir eine Umweltzone haben. Ohne Grüne Plakette ist es verboten, dort zu fahren.

Wir haben uns beim letzten Luftreinhalteplan mit riesiger Mehrheit für eine Blaue Plakette auf Bundesebene ausgesprochen - auch Sie, liebe CSU. Spätestens wenn diese Blaue Plakette vorliegt, wollen wir die Regelung anwenden. Drückt Euch nicht vor der Debatte mit den Diesel-Fahrern! Wir haben eine große Mehrheit für diese bösen Fahrverbote. Jetzt geht es darum: Gibt es Wege, sie sinnvoll durchzusetzen? Das Bundesverwaltungsgericht hat uns viele Wege aufgezeigt.

Es gab viele Bedenken: Es hieß, laut Rechtslage dürften wir keine Fahrverbote innerhalb der Umweltzone erlassen. Das hat das Gericht nicht bestätigt. Es hieß, wir dürften sie nur streckenweise und nicht in Zonen einführen. Das Gericht hat klar gesagt, natürlich ginge es auch in Zonen. Wir könnten momentan keine Ausnahme- oder Übergangsregelungen treffen, wurde gesagt. Das

Bundesverwaltungsgericht hat gesagt: Es geht. Die Tür für eine effiziente Bekämpfung der gesundheitsschädlichen Abgase in München und anderen Städten steht offen.

Von der Stadtregierung würde ich mir etwas mehr Fantasie und Mut wünschen, was das Juristische betrifft - Stichwort Wege oder Hinderungsgründe. Manchmal habe ich das Gefühl, die Stadtregierung und das Referat für Gesundheit und Umwelt - entschuldigen Sie, Frau Jacobs - haben manchmal mehr Angst, zu viel für den Schutz der Gesundheit und Umwelt zu tun und dann irgendwann vor Gericht zu verlieren. Sie haben nicht so viel Angst davor, gemeinsam mit dem Freistaat, mit dem wir als Beigeladene auf derselben Seite stehen, vor Gericht zu verlieren, weil wir zu wenig für Gesundheit und Umwelt tun. Das Bundesverwaltungsgericht hat uns für einen effizienten Schutz der Gesundheit Mut zugesprochen. (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Wer blockiert noch? Ich bin eigentlich gegen einseitige Schuldzuweisungen. Herr Pretzl, es fällt mir jedoch schwer, nicht zu sagen, dass die CSU auf verschiedenen Ebenen häufig wirksame Maßnahmen blockiert. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Wer leitet denn seit vielen Jahren das Bundesverkehrsministerium, das alle Regelungen zur Blauen Plakette oder Ähnliches ablehnt? Das war Herr Dobrindt, jetzt ist es Herr Scheuer. Was hat Herr Scheuer gerade gesagt?

"Ob Blaue Plakette, Hellblaue Plakette, Gestaffelte Plakette oder irgendeine Plakette – die Plakette bleibt das falsche Mittel. Ich lehne die Einführung von Plaketten genauso wie mein Vorgänger Alexander Dobrindt generell ab. Denn sie sind der Einstieg in Fahrverbote."

Eine klare Ansage! Ich habe Ihren Protest wieder überhört. Sprechen Sie doch einmal mit Ihrem wunderbaren Bundesverkehrsminister!

Auf Landesebene ist es das Gleiche. Wer blockiert bei der Verkehrsministerkonferenz der Bundesländer die Blaue Plakette am stärksten? Das ist immer die CSU, gemeinsam mit mit CDU - und oft auch mit SPD-Landesverkehrsministern. Wer musste es sich als Umweltministerin gefallen lassen, vor Gericht zu Strafzahlungen verdonnert zu werden? Ist sie nicht auch von der CSU? Ich glaube, in der nächsten Verhandlung geht es darum, ob die Behördenleitung das Geld zahlen muss oder in Beugehaft genommen wird.

Hier kommen immer die netten Bekenntnisse: Wir sind irgendwie für die Blaue Plakette. Als Herr Pretzl eine Jubel-Pressemitteilung geschrieben hat - endlich ist Herr Söder Ministerpräsident - ,

habe ich den leichten Druck vermisst, etwas zu tun. Was hat denn Herr Söder zu diesem Thema gesagt? - (StR Pretzl: Was sagt denn Herr Kretschmann zu dem Thema? Wo Sie in der Verantwortung sind, ducken Sie sich weg und als Opposition halten Sie Maulaffen feil! Entschuldigung! - Beifall der CSU)

Ich sage Ihnen gern etwas dazu: Der Diesel-Gipfel und die kleinen Zugeständnisse der Autoindustrie kamen erst zustande, als Herr Kretschmann und Herr Kuhn in Baden-Württemberg und Herr Reiter in München ernsthaft von Fahrverboten gesprochen haben. Das hat ihnen Angst gemacht. Von CSU-Ministern oder Ministerpräsidenten, die sich eingesetzt und Druck gemacht hätten, habe ich nichts gehört, Herr Pretzl. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Der von Ihnen so gefeierte Herr Söder - er wurde schon gefeiert, als er noch lange nicht Ministerpräsident war - stellt sich frech hin und sagt: Die Stadt München solle endlich ihre Hausaufgaben machen. Statt Fahrverbote zu fordern, solle die Stadt München Elektromobilität fördern und den ÖPNV ausbauen. Ach so! Wo ist Herr Schmid? Wo ist das Referat für Arbeit und Wirtschaft? Sie sind dafür zuständig. Das ist eine parteiinterne Schelte. Haben Sie das Gefühl, dass Herr Söder wirklich etwas tun will, wenn er so spricht? Ich habe nicht das Gefühl.

Sie werden wieder vor Gericht verlieren, Sie werden wieder Strafen zahlen. Sie wissen doch ganz genau: Ihrer Landesregierung und Ihren Bundesministern geht das am... wie sage ich es höflich? ... ist es ein bisschen egal, wie die Luft in München ist. Wann tun Sie in Ihrer Partei etwas dagegen, statt sich hier darzustellen und zu sagen: Herr Kretschmann ist auch nicht konsequent genug? Toll, Herr Pretzl! Sehr beeindruckend!

Das Tor ist weit offen für eine effiziente Bekämpfung der Abgase. Wir sind nicht per se Fans von Fahrverboten, weil es so schön ist, Leuten die Fahrt in die Innenstadt zu verbieten. Aber welche schnell wirkenden Maßnahmen haben wir denn? Wir haben schon Ende 2014 gesagt, der Luftreinhalteplan reiche nicht aus. CSU und SPD waren anderer Meinung. Haben sie vor Gericht Recht bekommen? Nein, wir!

Wir haben damals Push-and-Pull-Maßnahmen, eine deutliche Anhebung der Parkgebühren und verbilligte Jahreskarten für den ÖPNV gefordert. Das haben Sie nicht gemacht. Um Alternativen zu schaffen, haben wir 2016/17 den Fünf-Minuten-Takt für die U-Bahn und den Ausbau von Busspuren gefordert. Inzwischen sagt das auch Herr Reiter. - (Unruhe) - Wir haben es schon vor einem Jahr gesagt, und nichts ist passiert. Das ist eine Bremser-Koalition. Sie kapriziert sich auf die

Blaue Plakette, die dieselben Parteien auf Landes- und Bundesebene blockieren. So sieht es aus! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste - <u>StR Quaas</u>: Und Ihr habt 20 Jahre geschlafen. Penner!)

Jetzt kommen wir zu dem, was wir machen können und beschließen sollten. Unser Antrag war, dass die Stadt München als klares Signal alle Möglichkeiten dieses Urteils kreativ und entschlossen nutzt. München ist momentan nicht nur Deutscher Meister im Fußball, in Lebensqualität und Wirtschaftskraft, sondern leider auch bei den Stickoxid-Abgaswerten.

Wir freuen uns über die Vorlage, denn prinzipiell gibt es einen Konsens im Hinblick auf unsere Forderungen zu einer Umweltzone, zu stufenweisen Regelungen und Ausnahmen. Wir freuen uns aber noch nicht darüber, wie der Zeitplan aussehen soll. Wir stimmen zu, dass der Stadtrat erneut befasst wird, sobald die Entscheidungsgründe des Bundesverwaltungsgerichts zur Grundsatzentscheidung vorliegen. Das soll an Ostern sein. Das heißt, wir werden uns noch einmal in der nächsten oder übernächsten Vollversammlung damit befassen. Das finde ich positiv. Es ist immer schön, die Entscheidungsgründe zu hören, aber ich fand die mündliche Darlegung des Gerichts schon ziemlich klar. In einem Punkt haben Sie recht, Frau Jacobs: Es ist nicht klar, ob die Kommunen allein handeln können oder ob sie zum Luftreinhalteplan eine Landeszustimmung brauchen.

Unabhängig davon müssen wir vorwärts gehen und dem Freistaat Druck machen, damit endlich rechtskonform gehandelt wird und wir beim Gesundheitsschutz nicht weiter in Rechtswidrigkeit und Passivität verharren.

Wir haben einen Ergänzungsantrag, weil Sie zu Recht sagen, ohne Freistaat wird es schwierig: Für die nächste Befassung laden wir die Staatsregierung ein - sie soll bestimmen, ob das Umweltministerium oder die Regierung von Oberbayern kommt. Ich glaube, beim letzten Luftreinhalteplan war die Regierung von Oberbayern schon einmal hier. Mit deren Vertretern sollten wir sprechen, weil es viele offene Fragen gibt, u. a. wie sie sich weiter verhalten, ob sie sich weiter renitent gegen Gerichtsentscheidungen zeigen.

Erinnern Sie sich noch an dieses berühmte Gutachten? Beim letzten Luftreinhalteplan gab es ein langes Hin und Her, ob er ausreicht. Damals war die Regierung von Oberbayern noch rechtstreu und nicht so politisch gelenkt. Sie sagte, was von CSU und SPD vorgeschlagen worden sei, reiche nicht aus. Dann hieß es, als Allheilmittel machen wir ein tolles Gutachten für das Jahr 2017. Das steht im Luftreinhalteplan. Der Freistaat ist schon geständig. Er hat vor Gericht gesagt, er habe das Gutachten seit Sommer 2017. Vermodert es in irgendwelchen Schubladen? Wird es geheim

gehalten, weil es so unangenehm ist? Eigentlich könnten wir versuchen, Rechtsmittel einzulegen, damit es herausgegeben wird. Haben Sie das schon geprüft? - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Der zweite Punkt unseres Änderungsantrags betrifft die Frage: Bleibt unser Antrag aufgegriffen oder ist er erledigt? Das klingt so formal, ist aber wichtig. Natürlich ist er nicht erledigt. Wir fordern Maßnahmen, Fahrverbote einzuleiten. Sie sagen, Sie müssten das rechtlich prüfen. Dagegen haben wir nichts, aber damit bleibt unser Antrag aufgegriffen und ist nicht erledigt.

Ich habe noch eine Nachfrage zu Punkt 3 im Antrag der Referentin, den wir nicht ganz verstanden haben: Sobald es neue Erkenntnisse und konkrete Rahmenbedingungen von Bund und Land gebe, würden wir neu befasst. Aber das kann doch nicht bedeuten, dass wir erst dann wieder ernsthaft befasst werden, wenn die Blaue Plakette eingeführt wird. Wenn ich den Koalitionsvertrag richtig gelesen habe, steht darin, Fahrverbote wollen wir nicht. Die Blaue Plakette bedeutet die Ermöglichung von Fahrverboten. Auch die Interviews des Verkehrsministers deuten darauf hin. In dieser Wahlperiode wird es vom Bund keine Rahmenbedingungen zur Blauen Plakette geben. Sollte Punkt 3 bedeuten, wir werden erst nach der nächsten Bundestagswahl ernsthaft befasst, dann sage ich Ihnen: Das wird den Menschen in München nicht reichen!

Ich möchte mit einem Zitat schließen:

"Auf die Blaue Plakette zu warten, das hat laut Oberbürgermeister keinen Sinn. Gespräche in Berlin haben das klar vor Augen gestellt. Die Stadt muss einen eigenen Weg gehen, Fahrverbote umzusetzen. Die Gesundheit der Bürger erfordere es."

Ich gebe zu, das Zitat ist leicht verändert. Ich habe offen gelassen, welche Stadt es ist. Leider hat das Herr Reiter noch nicht gesagt. Das hat die Oberbürgermeisterin von Köln Henriette Reker gesagt - Henriette Reker von der CDU. - (Zwischenrufe: Sie ist parteilos!) - Das könnten Sie übernehmen. Ich finde, sie hat recht. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Schall:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Roth, diese Debatte führen wir in jeder Vollversammlung. Immer wieder kommen von Ihnen die bösesten Vorwürfe, Hasstiraden und Ähnliches. - (<u>StR Dr. Roth</u>: Hasstiraden sehen anders aus.)

Auf einiges von Ihnen möchte ich eingehen. Kollege Pretzl hat vorhin dazwischengerufen: Herr Kretschmann versprüht nicht unbedingt den Esprit, möglichst schnell Fahrverbote in Stuttgart durchsetzen zu wollen. - (<u>StRin Hanusch</u>: Aber er will die Blaue Plakette!) - Die wollen wir auch, da sind wir uns alle einig. Die Mehrheit im Stadtrat ist sich einig.

Mir ist neu, dass Sie per se keine Fahrverbote wollen. Ich höre von Ihnen nur, die Fußgängerzone solle ausgeweitet werden... (StR Dr. Roth: Was?) - Sie haben doch vorhin gesagt, Sie seien nicht für Fahrverbote per se und haben den Vorwurf der Bremser-Koalition gemacht. - (StR Roth: Was bauen Sie denn?) - Seit Bestehen der neuen Kooperation ist im Öffentlichen Nahverkehr so viel passiert wie in den letzten Jahre nicht mehr. Beispielsweise wird der U-Bahn-Bau endlich fortgeführt, der von Ihnen lange ausgebremst wurde. - (Beifall der CSU) - Wir können nichts umsetzen, wofür keine Rechtsgrundlage besteht. Die Landeshauptstadt möchte weder von der einen, noch von der anderen Seite verklagt werden, wenn wir etwas durchsetzen, das nicht rechtskonform ist.

Damit kommen wir zur Vorlage und zu Ihrem zweiten Teil, der ein bisschen versöhnlicher war. Am Ende des Tages haben wir einen Zwischenbericht und müssen noch die Urteilsbegründung abwarten. Erst dann haben wir alle Fakten auf dem Tisch, die Sie auch angesprochen haben.

Zum Thema Zuständigkeit: Können wir als Gemeinde Fahrverbote oder die Blaue Plakette einführen oder muss das per Luftreinhalteplan mit dem Freistaat geschehen? Ich halte es immer noch für den besten Weg, entweder in Bayern oder bundesweit eine Plakette einzuführen, sodass es eine Lösung für ganz Bayern oder Deutschland gibt.

Ich bedanke mich beim Referat recht herzlich für die Vorlage. Sie ist sehr fundiert und bereitet das Urteil nach jetzigem Wissensstand gut auf. Wir werden ihr voll und ganz zustimmen.

Ich bitte, den Änderungsantrag der FDP noch zurückzustellen, bis wir eine Antwort haben. Momentan wissen wir noch nicht hundertprozentig, ob das mit den EU-Richtlinien konform ist oder nicht. Wir haben einen Antrag gestellt, um das zu erfragen. Wenn die Antworten oder die Vorlage zum Antrag vorliegen, können wir uns der Frage widmen, wie wir weiter vorgehen. Vielen Dank! - (Beifall der CSU)

StR Röver:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Dank an die Referentin und die Verwaltung beginnen, die dieses sehr emotionale und nicht so leichte Thema mit dieser

Vorlage einmal mehr sachlich korrekt und neutral darstellt. Die Vorlage macht deutlich, dass auch nach diesem Urteil die Probleme und durchaus unterschiedlichen Einschätzungen nicht aufhören, sondern weiter bestehen.

Lieber Kollege Dr. Roth, Sie haben mich angesprochen. Ja, ich habe nach der Urteilsverkündung gesagt, das sei in der möglichen Konsequenz die schlechteste Lösung. Ich glaube - das steht auch in der Vorlage -, die einzig praktikable und richtige Lösung kann und muss die Einführung einer Blauen Plakette sein. Ich hoffe sehr, der neue Verkehrsminister Scheuer lässt sich noch durch die guten und richtigen Argumente von uns und den anderen Bundesministern überzeugen.

Ich möchte nicht auf alle einzelnen Punkte und Probleme eingehen, die in der Vorlage sehr gut abgearbeitet sind, sondern auf den Änderungsantrag der Grünen. Dieser macht eines deutlich: Zuständige Ebene ist der Freistaat Bayern. Wir wissen es noch nicht, weil wir die Urteilsbegründung und weitere mögliche Urteile abwarten müssen, aber höchstwahrscheinlich wird sich hier nichts ändern. Daher können wir uns durchaus vorstellen, einen Vertreter der zuständigen Staatsregierung einzuladen und ein Gespräch mit ihm zu führen. Wir unterstützen deswegen den Änderungsantrag zu Punkt 2.

Uns liegt auch noch der Antrag von FDP - HUT vor. Hier hätte ich gerne eine kurze Stellungnahme der Verwaltung zum Sachstand. Ansonsten stimmen wir dem Änderungsantrag der Grünen zu und natürlich auch der Vorlage der Verwaltung. Vielen Dank! - (Beifall der SPD)

StR Progl:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Der Kollege Schall hat von einer wiederkehrenden Diskussion gesprochen. Das ist sie in der Tat. Vor allem ist es eine Diskussion um des Kaisers Bart, wenn man es einmal genau nimmt. Wir debattieren heute über ein Urteil, in dem steht, dass man Fahrverbote erlassen kann. Es steht aber in keiner Weise drin, man müsse sie erlassen. Außerdem steht nicht drin, dass es gesundheitlich förderlich ist, diese Fahrverbote auszusprechen.

Wenn wir die Geschichte einmal von Grund auf betrachten, sind die Grenzwerte, zu denen wir verpflichtet werden, vollkommen willkürlich gewählt. An der Straße gilt ein Grenzwert von 40 µg/m³. In einem Büro oder am Arbeitsplatz gilt ein Grenzwert ... - (<u>StR Monatzeder:</u> Es kommt auf die Zusammensetzung der Stickoxide an! Das kann man überhaupt nicht vergleichen!) - Kollege Monatzeder, Sie können sich doch melden und mir antworten. Dieses ideologische Dazwischen-Gebrülle

von Eurer Seite finde ich nicht sonderlich seriös! Das muss man schon auch einmal sagen. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

Wenn es um Seriosität geht: Ich verstehe, dass das für Euch ein Hauptwahlkampfthema ist, bei dem Ihr Hysterie verbreiten könnt. Die Leute, die Ihr von diesen Ängsten überzeugen könnt, wählen Euch dann vermeintlich. Das ist ja schön und gut, es widerspricht aber den Fakten! - (Beifall von StR Altmann - Zwischenrufe) - Doch. In Amerika gilt bei derselben Zusammensetzung ein Grenzwert von 108 μ g/m³ für den Straßenverkehr. Wir erreichen bei uns 78 μ g/m³ an den schlimmsten Messstellen im gesamten Land. - (StRin Demirel: Ach so! Und deshalb ist es kein Problem?)

Ja, deshalb ist es kein Problem. Ich kann Prof. Hetzel zitieren. Das ist der Chefarzt der Stuttgarter Lungenfachklinik:

"Stickoxide in so einer geringen Konzentration, wie sie in unseren Städten vorzufinden sind, können keine krankmachende Wirkung haben."

Das sagt der Chefarzt der Lungenfachklinik. Ihn halte ich für viel seriöser als Sie mit Ihren Zwischenrufen! Denn er hat das letztendlich gelernt. - (Zwischenrufe von Die Grünen - rosa liste) - Der grüne Kreuzzug gegen den motorisierten Individualverkehr ist bekannt! Und dass Sie hier reine Klientelpolitik betreiben wollen, ist auch vollkommen logisch. Die Frage ist nur, warum Sie sich für eine Blaue Plakette einsetzen. Das ist ja nichts anderes als ein Konjunkturprogramm für die Ihnen verhasste Autoindustrie! - (StR Dr. Roth: Sie ist doch nicht verhasst. Das ist so albern!) - Doch, selbstverständlich! - (StR Monatzeder: Diese Klischees!) - Auf der anderen Seite ist es aus unserer Sicht eine Enteignung der Bürger. - (Zwischenrufe - StR Schmidbauer: Ist es vielleicht machbar, dass die Grünen einmal ihren Mund halten, wenn ein anderer Redner dran ist? Das ist eine Unverschämtheit! Es ist schlimm, dass es nicht anders geht! - Unruhe)

OB Reiter:

Lieber Kollege, ich würde die Sitzung nach wie vor gerne selbst leiten! Solange sich der Redner mit dem Zwischenrufer unterhält, halte ich das für legitim. Ansonsten würde ich sie unterbrechen. Aber um es deutlich zu sagen: Solange die beiden ratschen, ist das nicht wirklich zu unterbinden. Grundsätzlich heißt es aber natürlich: Erst einmal zuhören, dann sich selbst zu Wort melden!

StR Progl:

Vielen Dank, nichts anderes habe ich vorhin auch gesagt.

Unter dem Strich: Wir bekommen diesbezüglich jetzt jeden Monat eine Vorlage. Daher werden wir uns leider noch öfter über die ganze Geschichte unterhalten. Wir werden der Vorlage bis auf den Punkt 4, die Blaue Plakette, zustimmen. Die Blaue Plakette lehnen wir schlichtweg ab, weil eine Umweltzone nachweislich nichts bringt. Für den Bereich, in dem gemessen wird, gilt sie sowieso nicht.

In der letzten Sitzung habe ich auch schon gesagt, dass es nicht zielführend ist, immer direkt am Emittenten zu messen. Die Messstationen sind sehr nah an der Straße - dort, wo die Schadstoffe emittiert werden. Ein paar Meter weiter, hinter der Messstelle, ist die Schadstoffbelastung nur noch halb so hoch. Unsere Grenzwerte sind vollkommen willkürlich. Wenn wir es pragmatisch angehen, sie einzuhalten, stellen wir doch einmal die gesamten Messstationen so weit von der Straße entfernt auf, wie es zulässig ist. Dann messen wir und schauen, wie viel wir noch über dem Grenzwert liegen. Wir tragen den Änderungsantrag der FDP selbstverständlich mit, denn das ist eine pragmatische Herangehensweise, um diese Grenzwerte künftig einzuhalten. Letztendlich ist diese ganze Diskussion aber eine Schattendiskussion, an der man sich schön abarbeiten und Wahlkampf betreiben kann. Nicht mehr und nicht weniger! - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StR Dr. Heubisch:

Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle warten auf die nächste Diskussion. Wenn die Urteilsbegründung irgendwann vorliegt, werden wir uns über dieses Thema noch sehr intensiv unterhalten. Darum möchte ich die Luft hier eigentlich ein bisschen herausnehmen. Unseren Änderungsantrag kennen Sie. Wir stehen natürlich weiter voll dahinter. Wir glauben - wie es die Bundeskanzlerin auch für eine Große Koalition erklärt hat -, dass die Blaue Plakette nicht kommen wird. Davon bin ich überzeugt.

Herr Progl hat es bereits ein bisschen angedeutet: Stattdessen wollen wir endlich einmal wissen, was eigentlich mit den Messstellen ist, vor allem an den äußerst problematischen Bereichen Landshuter Allee und Stachus/Sonnenstraße. Die Messstelle an der Landshuter Allee scheint auch noch in der Nähe einer Bushaltestelle zu sein, sodass wir zu völlig unrealistischen Werten kommen. Alle Untersuchungen zeigen, dass wesentlich geringere Werte bereits wenige Meter weg von der eigentlichen Emissionsquelle nicht nur zu erwarten sind, sondern auch nachgewiesen wurden. Herr Oberbürgermeister, in Punkt 4 neu bitten wir Sie, intensiv nachprüfen zu lassen, ob die

Vorgaben der EU-Richtlinie des Europäischen Parlaments in München überhaupt umgesetzt werden. Wir haben große Zweifel, ob hier nicht bereits ein Weg für massive Klagen aufgezeigt wird, wenn das nicht eindeutig und klar nachgeprüft ist. Dass das Landesamt für Umweltschutz natürlich zuerst einmal beide Hände hebt und sagt, "Nein, nein, wir machen alles richtig!", beeindruckt mich ehrlich gesagt überhaupt nicht. Es ist die normale Reaktion eines Behördenchefs, zuerst einmal alles von sich zu weisen. Hier würde ich einmal gelassen abwarten.

Ansonsten werden wir den Punkten 1 bis 3 und 5 bis 7 zustimmen. Wir halten die Vorlage insgesamt für sehr vernünftig. In der Tat wird es auf die Urteilsbegründung ankommen. Dann werden wir uns im Stadtrat sicher noch einmal zwei oder drei Stunden darüber unterhalten. - (Teilweise Heiterkeit) - Herzlichen Dank! - (Beifall von FDP - HUT)

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Mal, wenn wir in der Vollversammlung sind, frage ich mich, ob wir mit der Luftreinhaltung weiterkommen. Ich muss sagen: nur in Trippelschritten. Natürlich schauen wir im Moment auf die Gerichte. Jeder blickt auf das Bundesverwaltungsgericht: Was wird dort entschieden? Wir schauen vielleicht auch darauf, was die EU entscheiden wird, weil sie Deutschland eventuell verklagen will. Ehrlich gesagt hoffen die Bürgerinnen und Bürger, dass auf dieser Ebene tatsächlich etwas getan wird. Sie sehen nämlich nicht, was ansonsten umgesetzt wird, um ihre Gesundheit bzw. die Situation in unserer Stadt zu verbessern.

Ich verstehe auch nicht ganz, warum wir eigentlich immer über Rechtsgrundlagen reden. Wir haben es hier nämlich mit einem großen Rechtsbruch zu tun. Seit Jahren verstoßen wir gegen die EU-Richtlinie. Herr Progl, ich bin zwar in anderen Gremien nicht direkt für NO_x zuständig, aber auf EU-Ebene für Chemikalien. Dort unterhalten sich 27 Länder mit Wissenschaftlern. Es wird wirklich konzentriert daran gearbeitet und es werden alle Studien geprüft, um zu Grenzwerten oder verschiedenen Werten zu kommen und die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Ich finde es unverständlich, jetzt wieder Sachen infrage zu stellen, die vor Jahren, fast schon Jahrzehnten beschlossen worden sind. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Das kommt meiner Meinung nach nur aus einer Ecke: Wer wird verlieren, wenn draußen tatsächlich einmal alle aufschreien? Verantwortlich ist die Autoindustrie, die verdammt nochmal die Werte nicht einhält, die sie in ihren Hochglanzprospekten selbst vorgegeben hat. Sie tragen die Verantwortung dafür, die Motoren tatsächlich umzurüsten. Im Moment verweigern sie sich und wollen das Problem hinausschie-

ben. Klar, das kostet ja auch Millionen bzw. Milliarden! Leider machen wir bisher immer noch mit bei dieser Tirade. Im Moment zahlen das die Bürgerinnen und Bürger, die Dieselautos zu Hause haben: Der Wertverfall ihrer Autos ist teilweise dramatisch, und vielleicht können sie in Zukunft auch nicht mehr in unsere Stadt fahren.

Ich habe zwei Fragen bzw. Anregungen. Erstens geht es um Busse. Frau Jacobs, in dieser Vorlage kommen die Busse nicht vor. Es wird nur über Pkws und Lkws gesprochen. Wir haben einen Antrag gestellt, die Busse, die wir in der Stadt haben, von Euro 5 auf Euro 6 nachzurüsten. Nach unserer Recherche kostet das ca. 15.000 € und würde 80 % des NO_x einsparen. Das ist viel billiger, als auf E-Busse umzustellen. Ein E-Bus kostet im Moment 500.000 €, und ganz ausgereift ist das noch nicht. Das wäre ein Vorschlag, und ich würde gerne in der Vorlage, die wir in der nächsten Vollversammlung haben, etwas zum Thema Busse hören.

Zweitens: Ich komme aus dem Stadtviertel Pasing-Obermenzing. Wir haben dort einige Stickoxid-Überschreitungen. Eine Umweltzone wird uns nichts helfen, weil sie nur innerhalb des Mittleren Rings wirkt. Ich weiß noch nicht genau, was ich meinen Leuten dort draußen eigentlich sagen soll. Auch sie sind sehr besorgt, insbesondere an unseren Hauptstraßen wie der Pippinger Straße und der Verdistraße. Ich weiß nicht, was ich ihnen sagen kann, denn selbst mit einer Umweltzone oder mit einer erweiterten Zone für Stickoxid ist ihnen nicht geholfen. Gibt es Konzepte für die Außenbereiche? Das ist meine zweite Frage.

Zuletzt noch eine Aufforderung: Lieber Herr Oberbürgermeister, Sie haben schon einmal auf den Tisch gehauen. Sie haben eigentlich selbst einen Rechtsbruch begangen, als Sie vor drei Jahren durchgesetzt haben, dass die Zustände in der Bayernkaserne nicht weiter herrschen. Dafür habe ich Sie sehr bewundert. Vielleicht ist das auch hier nötig, um unsere Bürgerinnen und Bürger tatsächlich zu schützen. Hier muss man auf den Tisch hauen! Hier müssen wir vorangehen, damit sich vielleicht doch noch etwas bewegt bei denjenigen, die die Verantwortung tragen. Das ist die Autoindustrie. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste und ÖDP/DIE LINKE.)

OB Reiter:

Um auf den Tisch zu hauen, brauchen wir erst einmal einen Tisch. Den hätten wir. Dann brauchen wir Leute, die sich dort hinsetzen. Die haben wir gerade nicht. Ich hoffe, die Bundeskanzlerin erinnert sich irgendwann wieder an den Herbst bzw. das Ende des letzten Jahres und an ihre Zusage, die Gespräche zum Diesel fortzusetzen. Wir haben bald April. Das erste Gespräch wäre eigentlich für den Februar anberaumt gewesen. Ich gebe zu, Frau Merkel hatte durchaus andere Sorgen.

Aber jetzt wäre wieder alles so, wie es immer ist. Sie sitzt wieder auf ihrem Stuhl. Man könnte sich jetzt wieder den Fachthemen nähern.

Es wäre schon angebracht - das sage ich ganz laut und deutlich -, dass sie sich wieder dieses Themas erinnert! Ich weiß, es macht keinen Spaß, sich damit zu befassen. Sie hat auch in den beiden Gesprächen, an denen ich teilnehmen durfte, nicht groß verborgen, dass das nicht ihr Lieblingsthema ist. Wir hatten beim letzten Gespräch eigentlich vereinbart: Beim nächsten Gespräch sitzt die Automobilindustrie mit am Tisch. Vielleicht liegt es auch daran, dass noch kein Termin gefunden wurde! Ich lege jedenfalls Wert auf die Feststellung: Ich warte immer noch auf eine Einladung nach Berlin. Ich gehe außerdem davon aus, die Zusage der Kanzlerin, die Automobilindustrie werde vertreten sein, wird auch eingehalten. Vielleicht trägt diese kleine öffentliche Aufforderung dazu bei, dass der Terminkalender der Kanzlerin wieder einmal upgedated wird und man schaut, wann Luft für ein kleines Gespräch mit den Kommunalpolitikern und den Landeschefs ist.

Ich denke, es ist notwendig, und ich bin sehr gespannt, wie die Automobilindustrie in der Zwischenzeit reagiert hat. Ich habe immer noch nicht den Eindruck, dass es flächendeckend Aufrufe zu Software-Umrüstungen gibt - von Hardware-Aufrüstungen gar nicht zu sprechen! In meinem Bekanntenkreis kenne ich jedenfalls tatsächlich niemand, der gesagt hat, er hat sein Auto umrüsten lassen. Und - das tut mir leid, liebe Grüne - ich kenne viele Autofahrer! So richtig flächendeckende Aktionen scheint es nicht zu geben.

Darauf zu hoffen, dass sich das von allein löst oder die Thematik sich ganz in Luft auflöst, ist - bei allem Verständnis für Grenzwert-Diskussionen - nicht zielführend. Lieber Herr Progl, ich finde Steuergesetze auch blöd und denke, die Grenzwerte dort könnten wir eigentlich diskutieren. Trotzdem halte ich mich daran! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste) - Das ist eben so. Als rechtstreuer Mensch halte ich mich an diese Regeln und - das möchte ich als Oberbürgermeister klar feststellen - das werde ich auch in Zukunft tun. Es gibt eine Rechtsvorschrift, an die ich mich zu halten habe, und das werde ich tun, soweit ich dazu rechtlich in der Lage bin. Wenn wir alles diskutieren, was uns nicht gefällt, aber rechtlich vorgeschrieben ist, können wir einmal einen Open-end-Abend machen. Das können wir gerne alles diskutieren. Derzeit ist das die Rechtsvorschrift. Ich wage zu bezweifeln, dass das, was sie vorgetragen haben, die einzige Fachmeinung ist. Ich glaube, ich habe auch schon zwei oder drei andere gehört, die nicht das Gefühl haben, am Auspuff schnüffeln macht gesund. Insoweit glaube ich, das muss man schon etwas differenzierter betrachten. - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

Mir ist wichtig, dass sich etwas ändern muss. Solange die Grenzwerte so gelten, fühle ich mich als gewählter Oberbürgermeister jedenfalls beauftragt, die Stadt München und damit die Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Sie haben einen Anspruch darauf, dass gesundheitsschützende Grenzwerte - auch wenn Sie das bezweifeln! - erst einmal eingehalten werden. Ich habe immer gesagt, ich will keine Fahrverbote. Auch das ist klar. Kein Oberbürgermeister, übrigens auch nicht Fritz Kuhn, will Fahrverbote. Die einzige Möglichkeit, diese flächendeckend zu verhindern, besteht darin, dass die Automobilindustrie endlich einmal in die Gänge kommt. Ähnlich wie ich es bei Herrn Dobrindt versucht habe, werde ich auch seinem Nachfolger klarzumachen versuchen: Es ist Quatsch zu sagen, die Blaue Plakette löst Fahrverbote aus. Wenn es zu gerichtlich verhängten Fahrverboten kommt, ist das die einzige Möglichkeit, diese so zu gestalten, dass nur diejenigen draußen bleiben müssen, die die alten Diesel haben. Das sollte einem normalen Menschen eigentlich zugänglich sein. Ich werde es bei Herrn Scheuer erneut versuchen.

StR Dr. Roth:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zum Thema Messen - das passt vielleicht auch gut zur Wortmeldung von Frau Jacobs: Wir haben nichts dagegen zu überprüfen, ob das rechtskonform ist. Das kann man machen. Wir kennen die Stellungnahme des Landesamts dazu. Wir haben erst einmal keinen Grund, diesem zu misstrauen, aber man kann das alles diskutieren. Ich weiß nur nicht genau, wohin die Debatte führt. Es ist nicht so, dass wir plötzlich kein Problem mehr haben, wenn wir eine Messstelle drei Meter weiter aufstellen und die Werte dann etwas geringer ausfallen. - (Zwischenruf: Doch!) - An den Messstellen wird es weiterhin Überschreitungen geben.

Neben den Messstellen, die relativ wenige sind, haben wir noch zweierlei: Wir haben Berechnungen, die wir eher für untertrieben halten. Der Betrug bei Dieselfahrzeugen wurde nur halb hineingerechnet. Wir haben Berechnungen, wonach es an 24 % der Hauptverkehrsstraßen teilweise immense Überschreitungen gibt. Auf grüne Initiative und vom Oberbürgermeister übernommen haben wir eigene kommunale Messstellen beschlossen. Ich wollte bei Frau Jacobs nachfragen, wann hier mit publizierten Messwerten zu rechnen ist. Wir können doch ziemlich sicher davon ausgehen, dass es nicht nur am Stachus und der Landshuter Allee ein Problem gibt, sondern insgesamt.

Zu Frau Haider: Ich bin optimistischer. Ich glaube, eine verschärfte oder eine Blaue Umweltzone hat nicht nur die Wirkung, dass es innerhalb der Umweltzone besser wird. Sie hat noch eine ganz andere Wirkung: Die Kombination von Fahrverboten in der Innenstadt und Druck auf die Autoindustrie hinsichtlich Nachrüstungen wird dazu führen, dass der Fahrzeugpark massiv umgestellt

wird. Auch die Leute, die sagen, sie umfahren die Innenstadt, wollen einmal hineinfahren. Dann nehmen sie ein anderes Auto oder gar kein Auto mehr. Darum wird das auch außerhalb der Umweltzone Auswirkungen haben. Das war auch bei der bisherigen Umweltzone so.

Ich glaube, wenn nicht mit Fahrverboten begonnen wird, wird die Autoindustrie zu wenig Druck empfinden. Wenn sie aber merkt, die Autos, die sie einmal verkauft hat, dürfen nicht mehr in die Innenstädte fahren, und die Verbraucher protestieren, wird sie nachrüsten. Dann können wir in dieser Kombination auch zu einer Lösung kommen: partielle moderate Fahrverbote mit Übergangsfristen plus technische Nachrüstung. Damit bewegt sich wirklich etwas. Wie gesagt, diese Erfahrung hatten wir.

Zuletzt zu Herrn Progl: Das nächste Mal kann ich mich auch mit einigen Zitaten rüsten. Es gibt vom Bundesumweltamt und von der Europäischen Kommission Studien. Eine große Anzahl von Wissenschaftlern sagt das Gegenteil. Schön und gut, wir finden immer Wissenschaftler, die sagen, Autoabgase seien harmlos. Sie nennen die USA als Vorbild. Dort gibt es auch Wissenschaftler und einen Präsidenten, der sagt, der Klimawandel sei nicht bewiesen. Das werden wir immer finden, aber das sollte nicht die Ägide des Münchner Stadtrats sein. Danke! - (Beifall von Die Grünen - rosa liste)

StR Progl:

Kollege Dr. Roth, ich bringe noch ein paar Klarstellungen, denn Sie werfen schon wieder alles durcheinander! Vielleicht antworte ich erst einmal auf den Oberbürgermeister. Ich habe in meinem Wortbeitrag gesagt: Wir haben diese Grenzwerte. Aber wenn ich einen gewissen Gestaltungsspielraum habe und die Messstation direkt an die Straße oder vier bis fünf Meter weiter hinten hinstellen darf, wo die Werte halbiert sind, kann ich das tun. Deswegen bringe ich keine Bürger um, sondern damit halte ich diese willkürlich gesetzten Grenzwerte ein. Sie sind willkürlich gesetzt, denn wenn das berechenbare Grenzwerte wären, wären sie überall gleich. Und damit bin ich doch raus! Letztendlich ist die Stickoxid-Emission bei Dieselfahrzeugen in der Euro 6c-Norm gelöst. Mit der Harnstoffeinspritzung ist die Stickoxid-Emission gegenüber Euro 5 um 95 % reduziert. Das heißt, im nächsten Fahrzeugzyklus gibt es kein Stickoxid-Problem mehr. Da muss ich hinkommen, ohne dass irgendwer klagt und die Stadt zusperrt. Darum geht es doch!

Kollege Dr. Roth, Sie haben Folgendes nicht verstanden: Natürlich kann man immer jemanden finden, der den Glauben hier oder da hat. Die Frage ist: Wenn in der Wissenschaft so kontrovers diskutiert wird, ob es so schädlich ist oder nicht, kann ich doch nicht auf dieser Basis die Stadt zu-

schließen, Straßen sperren, Fahrverbote erlassen und die Bürger enteignen! Das reicht doch nicht als Grundlage für solche Maßnahmen! Mehr habe ich nicht gesagt. - (Beifall der BAYERNPARTEI)

StR Dr. Mattar:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich möchte nur dem Ammenmärchen des Kollegen Dr. Roth widersprechen, dass die Umweltzone den Fahrzeugbestand überdurchschnittlich verändert hat. Der Beweis sind Hamburg und München: Hamburg hat nie eine Umweltzone gehabt und weist denselben Fahrzeugbestand/-wechsel wie München auf. Das liegt zum Teil an der Abwrackprämie, aber es ist auch naturgegeben, dass ältere Autos irgendwann stillgelegt werden. Die Umweltzone hatte in München nicht den Beschleunigungseffekt, den Sie vermuten. Er ist nicht vorhanden gewesen, sondern das ist einfach erfolgt.

Noch ein Wort zu den Betrügereien der Automobilindustrie: Es ist schon bemerkenswert, dass das halbstaatliche Unternehmen VW dabei an der Spitze war! - (Beifall von FDP - HUT - Zwischenruf)

OB Reiter:

Das ist eine zutreffende Feststellung. Man hätte aber auch sagen können, es waren mehr weiße oder mehr dunkle Autos dabei! - (Zwischenrufe)

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diese Grenzwert-Debatte halte ich mittlerweile für ein bisschen schwierig. Die Grenzwerte sind nicht unterschiedlich, sondern EU-weit einheitlich. Sie sind vorgegeben. Vielleicht war das ein Versprecher des Kollegen Progl. Er hat gesagt, sie seien unterschiedlich. - (StR Progl: In den USA sind sie anders!) - Ja, in den USA! Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist nicht über die Europäische Kommission, den Europäischen Rat oder das Europäische Parlament koordiniert. Wahrscheinlich gibt es in Kenia noch einmal andere Werte! Das hilft uns nicht weiter. Wir haben uns darauf eingelassen: Nicht nur bei Luftschadstoffwerten, sondern auch bei vielen anderen Grenzwerten, wie z. B. Schmutz- oder anderen Frachten im Abwasser, Wasserreinhaltung usw. haben wir gemeinsame Regeln. Dafür sind normalerweise auch Grenzwerte festgelegt. Natürlich ist es unsere Aufgabe, solche Grenzwerte einzuhalten.

Die Grenzwerte gibt es auch nicht, weil die Menschen wegen der Stickoxid-Belastung an der Landshuter Allee tot umfallen. Es gibt vielmehr ein Rechenmodell, das dazu kommt, dass Gesundheitsrisiken bei bestimmten Schadstoffbelastungen zunehmen. Diese können natürlich auch dazu führen, dass Menschen früher sterben als ohne diese Belastungen. Das ist ein mittelbarer, aber

kein unmittelbarer Zusammenhang. Das sollte bei uns aber eigentlich Allgemeingut sein. Es ist auch nicht neu, sondern wir machen das in diesem Land seit Jahrzehnten. Europaweit tun wir es etwas kürzer, aber auch schon seit Jahrzehnten. Das sollte eigentlich Allgemeingut und eine Selbstverständlichkeit sein!

Natürlich kann man über Folgendes diskutieren. Vor ein paar Jahren hatten wir noch das Thema Feinstaub. Bei den Stickstoffdioxidbelastungen reden wir jetzt über Grenzwerte für Immissionen: Was kommt an definierten Immissionsorten an - dort, wo die Menschen sich aufhalten? Die beiden Messstellen, die uns die meisten Probleme machen, hat das Bayerische Landesamt für Umweltschutz schon vor Jahrzehnten aufgestellt. Sie sind nicht wegen der Feinstaub- oder der Stickoxidproblematik installiert worden, sondern sie stehen seit Jahrzehnten.

Irgendwann in den 1970er-Jahren wurde in Bayern ein Netz von Messstationen aufgebaut. Da wird alles Mögliche gemessen. Wahrscheinlich sind vor 30 oder 40 Jahren noch Werte gemessen worden, die heute nicht mehr gemessen werden, und andersherum werden heute Werte gemessen, die damals noch nicht gemessen wurden.

Mit Interesse habe ich vor etwa 14 Tagen im *Münchner Merkur* und in der *tz* die Frage gelesen, ob diese Messstationen auch wirklich den Vorschriften entsprächen. Man kann natürlich sagen, dass vor allem die Messstellen an der Sonnenstraße und an der Landshuter Allee das machen, was der Oberbürgermeister gerade skizziert hat: Sie schnüffeln am Auspuff. Ob das nicht eher Emissionsmessungen statt Immissionsmessungen sind, sollten sich das Landesamt für Umweltschutz, das Bayerische Umweltministerium und die Bayerische Staatsregierung überlegen. Man muss es in einer solchen Debatte aber zur Kenntnis nehmen.

Ich habe mir die Veränderung des Fahrzeugbestands in Hamburg nicht angeschaut, Kollege Dr. Mattar, aber der Kollege Dr. Roth hat recht: Die Umweltzonen mit dem Plakettensystem von Rot über Gelb zu Grün haben natürlich dazu geführt, dass Autos vor dem Ende ihrer technischen Nutzbarkeit ausgesperrt worden sind. Die sind entwertet worden, als man wegen der Feinstaubproblematik nicht mehr über den Mittleren Ring hinaus in die Innenstadt fahren durfte. Es ist nicht neu, dass wir mit Verordnungen solche Eingriffe in das Eigentumsrecht vornehmen. Ich meine nicht wir als Stadtrat, sondern wir als Gesellschaft, die, die dafür gewählt worden sind, Parlamente oder auch Regierungen.

Aus unserer Erfahrung mit der Umweltzone wissen wir auch, dass es Ausnahmen geben muss, und genauso stellen wir uns das auch beim Thema Stickoxidbelastung vor. Die Frage ist ja nicht nur, ob man Fahrverbote möchte. Denn es ist nichts anderes als ein Fahrverbot, wenn sich mit Einführung einer Blauen Plakette ein Euro 4 oder niedriger nicht mehr innerhalb der Umweltzone bewegen darf. Da brauchen wir uns nichts vorzumachen. Natürlich ist das ein Eingriff in ein Eigentumsrecht, ein Eingriff in ein Freiheitsrecht. Der wird aber sicherlich von unserer Rechtsordnung getragen. Aber es geht ja nicht nur darum, irgendwelche Regeln zu erlassen. Regeln sollten ja auch plausibel, durchsetzbar und kontrollierbar sein. Und daran scheitert es.

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass es auch streckenbezogene Verbote geben kann. Dann machen wir ein streckenbezogenes Verbot. Ich habe da ein Beispiel aus meinem Stadtviertel. In Moosach sind es an der Dachauer Straße ungefähr 100 m von der Unterführung bis zur großen Kreuzung. Auf diesen 100 m dürften diese Dieselautos nicht fahren, nur vorher oder nachher. An dem Abschnitt kommen sie nur über großräumige Umwege vorbei, weil man eine Eisenbahnunterführung weiträumig umgehen muss. Den Menschen bleibt eigentlich nur übrig, ihr Auto auf diesem Abschnitt zu schieben. Streckenbezogene Fahrverbote halte ich, mit Verlaub, für Humbug, für hanebüchen.

Jetzt lassen wir mal das Beispiel mit der Unterführung aus. Es gibt ja auch andere Straßenabschnitte. Das sind meistens vier- oder sechsspurig ausgebaute Straßen. Wenn wir den Verkehr dort verbieten, weil die Stickoxidwerte im Jahresmittel überschritten werden, führen wir ihn über die zweispurige Parallelstraße. Wenn wir den Verkehr auf der Landshuter Allee in Neuhausen nicht mehr fahren lassen, führen wir ihn z. B. über die Donnersberger- oder die Frundsbergstraße. Das ist auch vollkommener Humbug und kann nicht funktionieren.

Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als weiter ein Instrument zu fordern, mit dem so etwas auch durchsetzbar und kontrollierbar ist. Nachdem wir aus unserer Erfahrung mit der Feinstaubproblematik wissen, dass das Plakettensystem Rot - Gelb - Grün funktioniert, muss ich doch nicht irgendetwas vollkommen Neues erfinden, sondern kann einfach in der Systematik bleiben. Ich verstehe die Aussagen aus Berlin, aber die muss man relativieren. Es wird eine Übergangszeit geben, aber natürlich führt das über kurz oder lang zu Fahrverboten. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass wir die deutliche Reduzierung der Feinstaubbelastung an Münchner Straßen der Einführung der Umweltzone und des Plakettensystems verdanken. - (Beifall von der linken Seite)

Bfm. StRin Jacobs:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit der konkreten Frage nach den Messungen an. Wir haben eine Anfrage der CSU-Fraktion an das Landesamt für Umwelt weitergereicht. Die wurde heute auch schon zitiert. In dieser Anfrage wird genau wie in dem Änderungsantrag von FDP - HUT darum gebeten, die Standorte der Messstellen noch einmal zu überprüfen und über deren Verlegung zu diskutieren. Meines Erachtens sollten wir die Beantwortung dieser Anfrage abwarten.

Zur Einschätzung des RGU kann ich Ihnen natürlich auch etwas sagen. Nach unserer Auffassung entsprechen die beiden strittigen Messstationen Landshuter Allee und Sonnenstraße den gesetzlichen Vorschriften. Die Richtlinie über Luftqualität und saubere Luft für Europa ist eine Eins-zueins-Umsetzung der 39. Bundesemissionsschutzverordnung. Das umzusetzende Bundesrecht legt hier also nichts anderes fest als die Richtlinie. Diese Richtlinie bestimmt, dass bei der großräumigen Emissionsbelastung Daten mit den höchsten Konzentrationen zu erheben sind. Bei der kleinräumigeren Ortsbestimmung ist nach diesen Vorschriften zu berücksichtigen, dass die Messstation - soweit möglich - 25 m vom Rand der Kreuzung entfernt sein soll.

Am Stachus lässt sich natürlich darüber streiten, ob der Ermessensspielraum, den diese Richtlinie hergibt, tatsächlich eingehalten wurde. Wie in der Presse zu lesen war, hat man sich nach Auskunft des Landesamts für Umwelt 2010, als diese Bestimmung in Kraft getreten ist, noch einmal Gedanken gemacht, ob man dieser Vorschrift Rechnung trage solle. Im Umgriff des bestehenden Standorts hat man Modellberechnungen angestellt und kam zu dem Ergebnis, dass auch eine Verlegung der Messstation an einen Ort, der dieser Bestimmung eher entspricht, keine anderen Messwerte ergeben würde. Deshalb hat man sich damals gegen die Verlegung entschieden.

Im Einzelnen möchte ich aber die erbetenen Ausführungen des Landesamtes für Umwelt abwarten, um die schriftliche Anfrage zu beantworten. Die werden Ihnen natürlich auch vorgelegt werden. Wie heute schon angeklungen ist, werden wir uns mit dem Thema noch mehrfach befassen. Deshalb halte ich den Vorschlag des Herrn Kollegen Schall, den Antrag zurückzustellen, bis wir die Auskunft des Landesamtes für Umwelt berücksichtigen können, für sehr sinnvoll.

Vielleicht noch ein paar Sätze zu den anderen Fragen. Lieber Herr Kollege Dr. Roth, Sie haben es ja selbst schon gesagt, das Bundesverwaltungsgericht habe uns Wege aufgezeigt. Soweit wir es der Pressemitteilung entnehmen können, hat das Bundesverwaltungsgericht uns als Kommune keine Wege aufgezeigt. Wie Sie dann im zweiten Teil richtig formuliert haben, müssen wir dazu die

Entscheidungsgründe abwarten. Danke für den Mut, den Sie mir gewünscht haben. Ich glaube, diesen Mut brauchen erst einmal die grüne Landesregierung in Baden-Württemberg und das Land Nordrhein-Westfalen, denn sie sind jetzt ganz klar aufgefordert, die vom Bundesverwaltungsgericht skizzierten Wege zu beschreiten.

Sie sagen, das Bundesverwaltungsgericht bestätige die Haltung der Grünen. Als wir vor zweieinhalb Jahren hier die Diskussionen hatten, waren die Grünen z. B. massiv für die Citymaut, während wir immer gesagt haben, die Citymaut ist nicht verursachergerecht. Wir müssen das Thema mit verhältnismäßigen Mitteln verursachergerecht angehen, deshalb kann es nur über eine entsprechende Entwicklung der Umweltzone gehen. Diese Haltung, dass es eben nur durch die Weiterentwicklung der Umweltzone auch für NO₂ geht, wurde durch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt.

Dass die Umweltzone bei Feinstaub Wirkung gezeigt hat, ist unstrittig. Da gibt es kaum abweichende Meinungen. In München wird das besonders plastisch, denn wir halten die Feinstaubgrenzwerte seit 2012 ein. 2012 ist auch die letzte Verschärfung, die letzte Stufe der Feinstaub-Umweltzone in Kraft getreten. Insofern glaube ich schon, dass wir hier von einer Blaupause reden können, die beim Feinstaub sehr erfolgreich gewirkt hat und die wir jetzt auch beim Stickstoffdioxid anwenden sollten.

Frau Haider, zu den Bussen: Die Busse sind in der Vorlage enthalten. Wir haben allerdings auch schon im Januar 2017 einen Beschluss zur Umrüstung der Busse gefasst. Der Wirkungsgrad einer Umrüstung der Busflotte liegt nach unseren Erkenntnissen nicht bei 18 %, sondern bewegt sich je nach Berechnungsweise bei etwa 1 bis 3 %. Wir möchten aber auch hier den Call des Bundes abwarten. Der Bund hat für Nachrüstungen der Busse und Elektrifizierung der Busflotten ein umfangreiches Förderprogramm in Aussicht gestellt. Dieser Call, an dem wir uns über die MVG beteiligen werden, soll im Frühjahr erfolgen.

Die Signalwirkung der Umweltzone für das übrige Stadtgebiet, Frau Haider, ist gerade auch beim Feinstaub natürlich gegeben. Das hat Herr Kollege Reissl schon ausgeführt. Die Menschen haben den Anspruch, mit ihrem Fahrzeug überallhin zu kommen. Ein kleinerer Bereich innerhalb des Stadtgebiets, in dem man das nicht kann, bringt die Menschen dazu, ihre Fahrzeuge entsprechend nachzurüsten oder auch umzustellen.

Den Ergänzungsantrag von Die Grünen - rosa liste kann ich so übernehmen. Er trägt dem Rechnung, was in der Vorlage noch einmal ganz deutlich wird: Bisher haben wir durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts keine Zuständigkeitsveränderung für die Luftreinhalteplanung. Ich halte es für sinnvoll, auch einmal die Staatsregierung zu diesem Thema zu befragen. Insofern kann ich den Antrag übernehmen.

Zu den kommunalen Messstellen: Wir messen etwas anders als die Luftüberwachungsstationen des Freistaats Bayern. Wir messen mit der Passivsammlermethode. Die funktioniert quasi wie ein Chemiebaukasten. Die Rückstände werden eingesammelt und dann in einem Labor ausgewertet. Das ist etwas zeitaufwendiger. Wir erwarten die ersten Ergebnisse in den nächsten Wochen und werden diese Messwerte dann quartalsweise veröffentlichen. Allerdings muss man dazu auch immer wieder sagen: Es handelt sich hier um Messwerte von ein, zwei oder drei Monaten. Bei NO₂ ist der Jahresmittelwert die kritische Größe. Die Messdaten, die wir gerade am Anfang eines Jahres sammeln, lassen also noch keinen wirklichen Rückschluss auf den Jahresmittelwert zu. Nichtsdestotrotz werden wir diese Messwerte veröffentlichen und den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen.

StR Ruff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Frau Jacobs, ich glaube, bei den Prozentzahlen zum Bus haben wir uns missverstanden. Wir haben nicht von 18 % gesprochen, sondern von 80 %, und die waren auf den einzelnen Bus gemünzt. Sie haben den Wert auf die Stadt bezogen und da sind es dann natürlich nur wenige Prozente.

Ich habe mich aber aus einem anderen Grund zu Wort gemeldet. Mir geht es noch einmal um die Verlegung der Messstellen. Ich spreche mich sowohl zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegen diese Verlegung aus als auch für den Fall, wenn wir vom LfU Auskunft erhalten werden, ob die Messstellen dort sinnvoll sind oder nicht.

Es ist im wissenschaftlichen und umweltanalytischen Bereich einfach schlecht, Messstellen zu verlegen und damit Messreihen zu unterbrechen. Jetzt wird diskutiert, ob die Messstelle an der richtigen Stelle ist. Würden wir sie verlegen, hätten wir die gleiche Diskussion wieder. Die würde dann unter Umständen von der anderen Seite angeführt. Dann hieße es, diese Messstelle hat man sich schön gerechnet. Tatsache ist, dass wir eine Messreihe unterbrechen würden und dann innerhalb der Stadt keine Entwicklung mehr aufzeigen könnten.

Der einzige Ausweg wäre eine Vergleichsmessung an einem Standort, der den neuesten Vorgaben entspricht, die in der Praxis anders umgesetzt wurden, als sie wortwörtlich in der EU-Richtlinie stehen. Man würde über zwei Monate 25 m weiter eine Vergleichsmessung laufen lassen und könnte damit die Messgeräte plausibilisieren. Dann hätte man eine Diskussion und beide Seite wären befriedigt. Eine Messreihenunterbrechung würde die Diskussion nicht verhindern, sondern sie im Gegenteil letztendlich noch verschärfen.

OB Reiter:

Die Referentin hat den Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste übernommen, darüber müssen wir also nicht abstimmen.

Wir werden dieses Thema wiederhaben, wieder hören und wieder diskutieren. Ich möchte Frau Jacobs bitten, die Rückmeldungen, die Sie zum Thema Messstellen und Situierung der Messstellen haben, auch direkt an die Mitglieder des Stadtrats weiterzugeben. Dazu braucht es nicht zwangsläufig eine Vorlage. Wir alle wissen, worum es geht. Könnten Sie die Infos zu den Messdaten verteilen, wenn sie da sind?

Der Änderungsantrag von FDP - HUT wird gegen die Stimmen der Antragsteller, der BAYERNPARTEI, der BIA sowie der LKR **abgelehnt**.

Ziffer 4 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen von FDP - HUT, BAYERNPARTEI, LKR und BIA **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin gegen die Stimme der BIA **beschlossen**.

Wettbewerb Gestaltung Romanplatz - Umsetzungsumfang Ideenteil Weiteres Vorgehen zum ehem. Stationshaus (Romanplatz 7) Finanzierung für die öffentlichen Verkehrsflächen

- 1. Anpassung der Betrauung
- 2. Genehmigung des Projektkostenanteils des Baureferats

Aktensammlung Seite 7019

StRin Frank:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Änderungsantrag zum Romanplatz und zum dortigen Stationshäuschen wurde Ihnen ausgeteilt. Warum haben wir diesen Änderungsantrag gestellt? Er geht zurück auf die Nachfragen, die wir in der letzten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft mit dem Kommunalausschuss gestellt haben. Wir haben dort die Zahlen zum Neubau des Stationshauses sowie zum Mietzins für diesen Neubau infrage gestellt.

In der ursprünglichen Beschlussvorlage war ausgeführt, dass der Neubau des Stationshauses mit 104 m² Nutzfläche 520.000 € kosten solle. Wir haben uns gewundert, wie diese hohe Summe zustande kommt. Deshalb haben wir das Ganze noch einmal analysiert und festgestellt, dass in den 520.000 € auch die Abrisskosten von 180.000 € enthalten sind. Wenn man das herausrechnet, bleibt ein Betrag von nur etwas über 330.000 € für den reinen Neubau und die Ausstattung des Stationshäuschens, weil der Abriss natürlich so oder so vorgenommen werden müsste. Völlig unabhängig vom Neubau müsste am Ende der Abriss des alten, definitiv nicht mehr sanierbaren Stationshäuschens bezahlt werden. Wenn man fair ist, kann das nicht dem Neubau des Stationshäuschens zugeschlagen werden. Damit liegen die Kosten nicht mehr bei 520.000 €, sondern nur noch bei ungefähr 330.000 €.

Dann haben wir uns über den Mietzins gewundert. Uns wurde gesagt, in dieser Szene kann man für eine Nutzung als Bandprobenraum oder Atelier einen Mietzins von ungefähr 10 €/m² ansetzen. In der Vorlage stand, das ergäbe einen Mietzins von 550 €. Dieser Mietzins kann für das derzeit bestehende Stationshaus mit einer Nutzfläche von ungefähr 55 m² berechnet werden, aber nicht für den Neubau mit 104 m². Multipliziert man diese nämlich mit zehn, ergibt das ungefähr 1.000 €.

Wenn wir nun an beiden Stellschrauben drehen - die Ausgaben deutlich senken, den Mietzins deutlich anheben -, kommen wir auf eine ganze andere Wirtschaftlichkeitsberechnung, als in der ursprünglichen Vorlage dargestellt. Deshalb haben Sie hierzu den Nachtrag bekommen. Unter Ziffer 2 wird das Ganze noch einmal deutlich. Danach ergibt sich eine Wirtschaftlichkeit erst dann, wenn monatliche Einnahmen von 1.260 € generiert werden. Wenn man das durch 104 m² Nutzfläche teilt, kommt man auf 12 €/m². Wir landen also nicht mehr bei 10 €/m², sondern bei 12 €/m². Das ist ein Preis, wie er auch in städtischen Atelierhäusern bezahlt wird. Da sind es teilweise sogar 13€/m². Also halten wir uns immer noch absolut in dem Rahmen, den sich die Kunst- und Kreativszene aus meiner Sicht leisten kann.

Dann stellen wir uns natürlich die Frage, warum es notwendig ist, das Stationshaus plattzumachen, anstatt diesen Ort im öffentlichen Raum zu erhalten. Wir haben die Möglichkeit, das gegebenenfalls auch wirtschaftlich darzustellen. In einer immer enger werdenden Stadt sollte man solche Chancen nutzen.

Wir haben natürlich auch gesehen, dass der Umbau des Romanplatzes für die MVG zeitlich kritisch ist, und möchten auf keinen Fall, dass der öffentliche Nahverkehr darunter leidet. Deshalb haben wir in unserem Änderungsantrag die Prämisse aufgenommen, dass das Kommunalreferat prüfen soll, ob der Neubau des Stationshäuschens ohne Verzögerung in den Planungen der MVG wirtschaftlich darstellbar ist.

Wir können uns gut vorstellen, dieses neu zu errichtende Häuschen für Bandprobenräume und Ateliers zu verwenden. Dann hat man eine definierte Nutzergruppe, keine wechselnde wie z. B. in einem Café. Wir haben eine Nutzergruppe, die genau weiß, um auf das Rondell zu kommen, muss sie Trambahngleise überschreiten und nach rechts und links schauen. Ich glaube, der Platz, der ohnehin schon etwas lauter und ziemlich weit von der nächsten Wohnbebauung entfernt ist, sollte als Kleinod nicht aus der Hand gegeben werden.

Das Trambahnhäuschen ist charaktergebend für den Romanplatz. Auch ein neu gebautes Trambahnhäuschen könnte charaktergebend für den Romanplatz sein. Das war das einhellige Votum des Wettbewerbs, bei dem sämtliche Teilnehmer das Trambahnhäuschen erhalten wollen, unabhängig davon, ob es genau das schon vorhandene ist oder ob ein neues errichtet werden muss. Deswegen haben wir uns entschieden, heute unseren gemeinsamen Änderungsantrag zu stellen, und würden uns freuen, wenn Sie uns die Chance gäben, noch einmal prüfen zu lassen, ob das

Trambahnhäuschen für den öffentlichen Raum erhalten werden kann. Herzlichen Dank. - (Beifall von der CSU)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns im Bezirksausschuss lange damit beschäftigt, und ich möchte zu Beginn gleich eines klarstellen, weil das immer vermischt wird: Nach meiner Einschätzung ist der Erhalt des Trambahnhäuschens komplett vom Tisch. Wir haben das vorhandene Häuschen besichtigt, da müsste man wahnsinnige Summen hineinstecken. Das ist unten marode. Das soll weg. Das haben wir so weitergegeben, und so wurde das auch in den Planungen erfasst. Es abzubrechen und einen Neubau hinzustellen, ist eine neue Situation. Das ist kein Erhalt des Trambahnhäuschens, denn das neue Gebäude hätte keine Bindung mehr an eine verkehrliche Nutzung. Das ist einfach ein kompletter Neubau. Deshalb können wir uns durchaus noch einmal eine Prüfung vorstellen.

Mir wäre aber sehr wichtig, dass Planungsreferat und KVR vor weiteren Wirtschaftlichkeitsberechnungen einbezogen würden. Bei den Vorgesprächen mit der Lokalbaukommission wurde uns vermittelt, schon eine Nutzungsänderung wäre relativ schwierig gewesen. In diesem Fall würde von einer rein verkehrlichen Betriebsstätte zu einer öffentlichen Nutzung mit Zugang über die Trambahngleise gewechselt.

Natürlich kann jeder für sich selbst abschätzen, dass die Tram dort nicht dauernd kreist, sondern nur ab und zu die Runde macht. Natürlich kann jeder für sich selbst entscheiden, wie er solche Trambahngleise überschreitet. Wenn wir allerdings als Bauherr und dann auch als Behörde einen Stempel unter einen Bauantrag setzen sollen und damit die Verkehrssicherheit und die Erreichbarkeit genehmigen, habe ich meine Zweifel, ob das wirklich funktionieren kann. Eine Prüfung kann ich mir vorstellen. Ich bitte aber dringend, gleich zu Beginn zu klären, ob ein solches Projekt baurechtlich tatsächlich Chancen hat oder wie genau die Auflagen aussehen.

StR Schmidbauer:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kristina Frank, was Du vorgetragen hast, hat alles seinen Charme. Leider muss ich darauf hinweisen, dass ein Neubau und Betrieb dieses Häuschens Konfliktpotenzial birgt. Da fährt nicht ab und zu eine Straßenbahn vorbei. An dieser Stelle kehren zwei Linien um, teilweise im Zweieinhalb-Minuten-Takt. Hier die Verkehrssicherheit für den Betrieb des Häuschens zu gewährleisten, ist meiner Ansicht nach nicht möglich.

Ich gebe Kollegin Hanusch recht, zuerst die Verkehrssicherheit zu prüfen. Wenn nicht, können wir das leider nicht durchführen. Deshalb möchten wir den Antrag gern dahingehend ausweiten, dass eine Verkehrssicherheitsüberprüfung stattfinden muss, bevor weiter über die Wirtschaftlichkeit gesprochen wird. Es mag zwar sein, dass man es wirtschaftlich halten kann, aber ich möchte nicht den ersten Todesfall oder Schwerverletzten haben, weil die Verkehrssicherheit nicht gegeben ist und jemand nicht auf die Straßenbahn geachtet hat. Wir brauchen ein vernünftiges Verkehrssicherheitskonzept. Im Übrigen möchte ich den Straßenbahnfahrer erleben, wenn die Straßenbahn nicht weiterfahren kann, weil einer auf dem Gleis steht, um schnell sein Schlagzeug auszuladen. Wenn wir die Zusage bekommen, dass die Sicherheit vorher geprüft wird, würden wir den Antrag von CSU und SPD mittragen.

StRin Abele:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Uns ist vor allen Dingen wichtig, dass die Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses endlich ohne zeitliche Verzögerung vonstatten geht. Gerade die Anwohnerinnen und Anwohner am Romanplatz warten schon sehr lange darauf. Durch den Konflikt, dass eben nicht der ganze Platz von Hauskante zu Hauskante gestaltet werden konnte, gab es ja leider eine sehr lange Verzögerung. Deshalb ist das besonders wichtig. Auch der Bau des dritten Trambahngleises ist uns wichtig. Daher liegt unser Schwerpunkt darauf, zeitliche Verzögerungen zu vermeiden.

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei der Stadt und den Stadtwerken bedanken, die sich sehr bemüht haben, alle Eigentümer an einen Tisch zu bringen, damit der Wettbewerbsentwurf vielleicht doch noch im Ganzen umgesetzt werden kann. Das ist leider nicht passiert. Dennoch wird es auf jeden Fall eine Verbesserung auf dem Romanplatz geben, vor allem auch für die Anwohnerinnen und Anwohner. Vielen Dank! - (Allgemeiner Beifall)

StRin Frank:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe jeden Tag mehrfach über Trambahngleise, ohne dass dafür Verkehrssicherheitsprüfungen vorgenommen werden. Ich komme nichtsdestotrotz den Wünschen von Die Grünen - rosa liste und der BAYERNPARTEI gerne nach und schlage vor, vor dem letzten Satz folgende Ergänzung einzufügen:

"Zudem sind das Referat für Stadtplanung und Bauordnung und das Kreisverwaltungsreferat von Beginn an in diese Prüfung eng einzubeziehen."

Ich denke, somit kann man diesen Sorgen Rechnung tragen. Herzlichen Dank.

OB Reiter:

Vielen Dank! Ich denke, wir möchten alle das Gleiche. Insoweit sehe ich keinen Dissens. Wir werden keine Situation schaffen, die gefährlich ist. Alle Veränderungen werden selbstverständlich mit dem Kreisverwaltungsreferat und mit dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung abgestimmt. Mir ist es egal, ob wir diese Ergänzung vornehmen. Wir beteiligen auf jeden Fall das Kreisverwaltungsreferat und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Das macht das Kommunalreferat von sich aus. Frau Frank hat die Ergänzung bereits formuliert und zu Protokoll gegeben. Wir nehmen sie auf.

Der modifizierte gemeinsame Änderungsantrag von CSU und SPD wird einstimmig beschlossen.

In der Gesamtabstimmung wird der modifizierte Antrag der Referenten einstimmig beschlossen.

Preiswesen der Landeshauptstadt München Antrag Nr. 3344 von Stadtrat Pretzl vom 25.08.2017

Aktensammlung Seite 7021

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst für die Vorlage, die auf einen Antrag von Herrn Pretzl zurückgeht, bedanken, insbesondere für die Ausführungen zum Frauenanteil. Dazu möchte ich noch etwas sagen. Zwei Preise sind reine Frauenpreise. Die Frage ist: Warum gibt es keinen Männerpreis? - (Zwischenruf) - Wir können vielleicht einmal einen erfinden.

Es gibt ansonsten einige Prämierungen mit einer sehr geringen Frauenquote. In den Bereichen Design und Architektur kommen wir gerade einmal über 10 %. Ich finde diesen Anteil sehr gering und bin ein bisschen über diese niedrige Frauenquote erschrocken. Vom Kulturreferat - (Zwischenruf) - bin ich eine sehr progressive Haltung gegenüber vielen Themen gewohnt.

Deswegen frage ich, ob man nicht versuchen könnte, die Jury - ich spreche Sie alle an, weil Sie in den Parteien für die Jurybesetzung zuständig sind - paritätisch zu besetzen. Nur wenn wir in einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis abstimmen, kommen auch Frauen zum Zuge.

Mein zweites Anliegen ist die Auswahl. Ich schlage vor, sie paritätisch zu organisieren, damit ausreichend Frauen für diese Preise gewählt werden können. Hierfür möchte ich noch einmal eine Lanze brechen. Ich bitte, in den nächsten Jahren diese Daten zum Preiswesen dem Stadtrat noch einmal vorzulegen, um zu sehen, ob sich in dem Bereich etwas verändert. Ich hoffe sehr auf ein ausgeglicheneres Geschlechterverhältnis im Preiswesen. Vielen Dank.

OB Reiter:

Danke schön. Alle Anwesenden haben es gehört und werden es gegebenenfalls berücksichtigen, insbesondere die Jurymitglieder bei der Auswahl der Preisträgerinnen und Preisträger. Frau Kollegin, wir werden sehen, ob es hilft. - (Zwischenrufe) - Das wissen wir sehr wohl! Ich hoffe, wir wissen bei einer Preisvergabe, die personenbezogen ist, über wen wir reden. Wir sollten nicht über eine Person X oder Y abstimmen. - (Zwischenruf) - Wir sollten wissen, an wen wir den Kulturpreis

oder einen sonstigen vergeben. Die Personen sollten bekannt sein. Der Appell ist angekommen, jedenfalls bei denen, die ihn hören wollen.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen
Der Plan, die Umsetzung und der weitere Projektverlauf
Präventionskonzept in städtischen Gemeinschaftsunterkünften
Besonderer Schutz von Frauen und Kindern

Stadtratsantrag Nr. 2511 der SPD vom 30.09.2016
Empfehlung zur Unterstützung und Begleitung von jungen Flüchtlingen bei der Integration in das Bildungssystem
Stadtratskommission für interkulturelle Integration vom 27.06.2016

Aktensammlung Seite 7031

StR Richter:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, ein paar Sätze zur größeren Einordnung dieser Beschlussvorlage "Gesamtplan zur Integration von Flüchtlingen" voranzustellen, damit man weiß, wie man diese Beschlussvorlage und diesen Politikansatz einzuordnen hat.

Die neue österreichische Bundesregierung ist in diesen Tagen und Wochen dabei, Nägel mit Köpfen zu machen. Sie ist entschlossen, bei der Planung des neuen Doppelhaushaltes, die stattliche Summe von 930 Mio. € im Bereich Ausländer einzusparen. Unter dieses Einsparungsvorhaben der österreichischen Regierung fallen nicht nur konkrete Sozialleistungen, sondern auch ein Gutteil von Integrationsmaßnahmen. Etliches davon wird bei der österreichischen Regierung rundheraus als Kuschelpädagogik bezeichnet. Darunter fallen zum Beispiel mobile Integrationsteams etc. Das haben wir in München ebenso in Hülle und Fülle. In Österreich braucht man das jetzt nicht mehr, und es wird abgeschafft. Es geht also, wenn man so etwas will. - (Zwischenruf)

Der ungarische Ministerpräsident Orbán, den ich immer gern zitiere, weil er ein kluger Kopf ist, gibt sehr viel Vernünftiges zur gegenwärtigen Situation im sich wandelnden Europa von sich. Orbán hat dieser Tage am 15. März, zum ungarischen Nationalfeiertag, etwas sehr Prophetisches und, wie ich finde, auch sehr Richtiges gesagt. Ich darf zitieren:

"Die westeuropäischen Jugendlichen werden es noch erleben, wie sie in ihrem eigenen Land zur Minderheit werden und den einzigen Ort auf der Welt verlieren, den man als Zuhause bezeichnen kann." Orbán hat in diesem Zusammenhang einmal mehr unterstrichen - das finde ich ebenfalls außerordentlich richtig und zutreffend und eigentlich unstrittig für jeden normalen Menschen -, Ungarn wird sich die Entscheidung darüber, mit wem die Ungarn im eigenen Land zusammenleben wollen, von niemandem aus der Hand nehmen lassen.

Meine Damen und Herren, warum mache ich diese Vorausschickungen? Das mache ich deswegen, weil Ihre Beschlussvorlage, Ihre Politik hier im Münchner Stadtrat, speziell was die Integrationspolitik angeht, das Gegenteil von dem ausstrahlt, was der gesunde Menschenverstand zum Beispiel den Politikern in Ungarn und Österreich und in einer erfreulich wachsenden Zahl von weiteren europäischen Ländern eingibt.

In München hat man immer häufiger den Eindruck, man befindet sich in einem Irrenhaus. Am letzten Samstag, aus Anlass eines Pegida-Umzugs, dem man ansonsten nicht größere Aufmerksamkeit hätte schenken müssen, verkleiden sich Hunderte möglicherweise Tausende von überzeugten Gutmenschen als Ärzte - auch etliche aus dem Münchner Stadtrat - , die man eigentlich als Patienten ansprechen müsste. Viele von Ihnen - die meisten hier im Haus - leiden unter Realitätsverlust und Realitätsblindheit. Sie tragen mit Ihrer Politik die Mitverantwortung dafür, wenn demnächst in diesem Land - nicht in Ungarn, Polen oder der Tschechischen Republik, sondern hier im Land - die Prophezeiung des Ministerpräsidenten Orbán allmählich Realität wird und wir zu Fremden im eigenen Land werden. Das muss einmal gesagt werden.

Ich komme jetzt zur Beschlussvorlage und möchte einige Aspekte besonders herausgreifen. Auf Seite 3 heißt es, ich darf zitieren:

"Es muss einerseits darum gehen, Geflüchtete als eine gleichberechtigte Zielgruppe integrationspolitischen Handelns zu betrachten, andererseits müssen - im Sinne der Bewahrung des sozialen Friedens in der Stadt - sozial ausgewogene Entscheidungen getroffen werden, die die Belange aller Bürgerinnen und Bürger im Blick haben."

Ich fordere seit Jahr und Tag nichts anderes - (Zwischenrufe) - , als dass auch die Interessen und Belange der einheimischen Bevölkerung dieser Stadt endlich einmal angemessen berücksichtigt werden. Das sind wirklich vernünftige Worte, die ich dieser Beschlussvorlage entnehme, aber leider straft Ihre Politik, wie sie in dieser Integrationsbeschlussvorlage zum Ausdruck kommt, diese vernünftigen Worte nach wie vor lauthals Lügen.

Wir brauchen nicht über die alle zwei Jahre erscheinenden Wohnungssituationsberichte der Stadt München zu sprechen, die von Jahr zu Jahr eine immer unappetitlichere Privilegierung Zugewanderter auf Kosten einheimischer Wohnungssuchender widerspiegeln. Wir brauchen auch nicht über die Füllhornprogramme auf Kosten des Steuerzahlers, wie das renommierte Projekt Bellevue di Monaco, zu sprechen. Das sind alles Dinge, die sprechen Ihren Ankündigungen Hohn. Es wäre wirklich schön, Sie würden Ihren wohlfeilen Ankündigungen, die Interessen der einheimischen Bevölkerung angemessen zu berücksichtigen, Taten folgen lassen, anstatt hier wohlfeile Phrasen abzusondern.

Ich lese weiter auf Seite 8 der Beschlussvorlage das Handlungsfeld IV. Ich darf erneut zitieren:

"Der Großteil der Geflüchteten, die aktuell nach München kommen, stammt aus Ländern mit einer sogenannten geringen Bleibeperspektive und ist somit von bundesfinanzierten Maßnahmen ausgeschlossen. Für Maßnahmen, die kommunal finanziert werden müssen, bedarf es einer grundsätzlichen Entscheidung des Stadtrats."

An diesen grundsätzlichen Entscheidungen werden Sie sich irgendwann einmal messen lassen müssen. Es ist tatsächlich eine grundsätzliche politische Entscheidung, in welche Richtung man als Stadt gehen möchte. Mehr Geld für Integrationsmaßnahmen bedeutet nun einmal auch, mehr Attraktivität für Glücksritter, für Flüchtlinge, die überhaupt keine Flüchtlinge sind, und unter dem Strich noch mehr Zuwanderung. Das ist ein Teufelskreis, den man nicht aus der Welt schaffen kann.

In Österreich ist man inzwischen schlauer und geht den umgekehrten Weg. Weniger Geld für integrationspolitische Maßnahmen bedeutet auch weniger Attraktivität für Zuwanderer und unter dem Strich irgendwann weniger Zuwanderung. Das ist eine ganz einfache politische Entscheidung. Man muss wissen, was man will. Will man Beratungsteams für schwule, lesbische und transgender Flüchtlinge oder nicht? Will man Berufs- und Arbeitsmarktintegration für Zuwanderer, die ohnehin keine oder nur eine geringe Bleiberechtsperspektive haben?

Das sind Entscheidungen, zu denen man vorher sagen kann, was man möchte. In Österreich will man bestimmte Dinge nicht mehr. Ich halte das für ausgesprochen vernünftig. - (Zwischenruf) - In Ländern wie Österreich, Ungarn oder der Tschechischen Republik will man inzwischen kein Geld mehr für überflüssige Integrationsmaßnahmen hinauswerfen und am Überleben auf der eigenen Scholle im eigenen Land sägen. Man möchte nicht mit viel Geld dafür sorgen, dass man irgend-

wann fremd und zur Minderheit im eigenen Land wird. Ich denke, der ungarische Präsident Orbán liegt richtig.

Meine Damen und Herren, bei Ihnen braucht es offensichtlich noch ein paar herzhafte Schläge auf den Hinterkopf, bis das Umdenken endlich, reichlich spät, einsetzt. Man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, diese Schläge werden kommen. Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld hat der Bundeskanzlerin dieser Tage auf den Kopf zugesagt: "Treten Sie endlich zurück, bevor der Souverän Sie dazu zwingen wird." Diese Worte gebe ich gern eins zu eins an Sie hier im Haus weiter. Herzlichen Dank.

OB Reiter:

Wenn Sie Unterstützung brauchen, um nach Österreich zu gehen, bevor die Grenzen dicht sind, erteile ich Ihnen meine Unterstützung. Ich würde mich diplomatisch dafür einsetzen, dass Sie die Grenze passieren dürfen, so lange sie noch offen ist. - (Zwischenruf) - Das ist die einzige Unterstützung... - (Zwischenruf) - Falls Sie diesen Ausweg suchen, ich hätte nichts dagegen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich, ich bin seit letzten Samstag bezüglich der Situation in dieser Stadt wieder einmal sehr beruhigt. Ich denke, wir sind in München nach wie vor auf dem richtigen Weg, wenn aus ganz Deutschland ein Häufchen versprengter Rechter - (Beifall) - nach München kommt und das nicht einmal 10 % derer sind, die sich bei schrecklichem Wetter als Gegendemonstranten engagieren, ohne dass es einen wirklichen Wirkungsgrad der anderen Demonstration gegeben hätte.

Sie können davon ausgehen, Ihre Meinung wird eine Einzelmeinung bleiben, wir werden immer die Mehrheit sein. - (Beifall)

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der LKR und BIA beschlossen.

Erklärung zur Abstimmung:

StR Schmude:

Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer im Ausschuss anwesend war, hat den Grund für unsere Ablehnung bereits mitbekommen. Wir hatten uns als kleine Änderung

vorgestellt, den Wählern, Bürgern und Steuerzahlern zu signalisieren, es gibt für zusätzliche Integrationsprojekte eine Kostenobergrenze. Leider waren die Linksparteien nicht in der Lage, sich bei dieser Frage - (Unruhe, Heiterkeit) - auch nur einen Millimeter zu bewegen. Wir haben deswegen im Ausschuss dagegen gestimmt. - (Heiterkeit) - Diese Ablehnung müssen wir aufrecht erhalten. Danke. - (Zwischenrufe, Unruhe)

Christkindlmarkt 2018; Ausweichmöglichkeiten wegen Baustellen Änderung der Satzung der Landeshauptstadt München über die Benützung der Dulten und des Christkindlmarktes

Aktensammlung Seite 7053

Herr Neumer (Vorsitzender des Bezirksausschusses 1):

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, meine Damen und Herren! Bei Veränderungen im öffentlichen Raum ist es eigentlich üblich, den Bezirksausschuss einzuladen. Dies erfolgte bei den Planungen zum Christkindlmarkt leider nicht. Das finde ich sehr schade. Man hätte sich vielleicht einiges ersparen können, und ich bräuchte hier keine Rede halten.

Der Bezirksausschuss hat die Vorlage erst einmal abgelehnt, weil wir Angst haben, dass die Händler in der Sendlinger Straße, die einem hohen Änderungsdruck durch die neue Fußgängerzone im nördlichen Teil ausgesetzt sind, dieser erneuten Änderung nicht standhalten. Die erwarteten Umsatzsteigerungen sind ausgeblieben. Manche verzeichnen Umsatzrückgänge. Für alteingesessene Händler, die qualitativ hochwertige und hochpreisige Produkte verkaufen, ist das Weihnachtsgeschäft überlebenswichtig.

Es wäre fatal, wenn man den Standort Rindermarkt komplett in die Sendlinger Straße verlegen würde. Wir brauchen eine Auswahl an Weihnachtsständen, die den Flair und die Aufenthaltsqualität in der Sendlinger Straße nicht nur erhöhen, sondern kräftigen. Stände mit Kunsthandwerk oder Krippenstände wären gute Beispiele. Der Bezirksausschuss, die City-Partner und die Anlieger lehnen es ab, dass die Sendlinger Straße in der Vorweihnachtszeit zu einer Fress- und Saufmeile verkommt. Eine Hamburger Fischbude oder eine Schlemmerpyramide beispielsweise passen überhaupt nicht zum Angebot der Sendlinger Straße. Eine Schlemmerpyramide, besonders wenn sie am Anfang einer Straße steht, schadet den Umsätzen der Händler dieser Straße. Es würde in diesem Fall keiner mehr von der Innenstadt kommend durch die Sendlinger Straße gehen.

Der Bezirksausschuss wünscht sich, noch einmal bei der Auswahl der Stände und deren Aufstellung eingebunden zu werden, damit er die Interessen der Anlieger und Anwohner vertreten kann. Vielen Dank. - (Beifall)

StR Reissl:

Der Sachverhalt wurde im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft bereits ausführlich diskutiert.

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Reissl hat es eben durch Zuruf erwähnt, wir haben im Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft ausführlich über diese Problematik diskutiert. Wir sind uns durchaus bewusst, dass die Planung für den Christkindlmarkt in der Sendlinger Straße Sensibilität verlangt. Die Verwaltung hat den Auftrag, das entsprechend umzusetzen und noch einmal auf den Bezirksausschuss zuzugehen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, wir würden diese Bedenken nicht ernst nehmen.

StRin Dietrich:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, was Herr Pretzl gesagt hat. Wir haben es im Ausschuss sehr lange diskutiert. Wir hatten eine andere Position vertreten. Ich appelliere noch einmal an die Verwaltung, die Anregungen des Bezirksausschusses aufzunehmen. Ich denke, man kann gut zusammenkommen. - (Beifall)

Der Antrag des Referenten wird einstimmig beschlossen.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 11.05 Uhr -
- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt. -

München, 21. März 2018

Reiter Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München

Protokoll